Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt der DKP-Leipzig

UNSERE KRISENBERATER

AUSGABE 4, 2021

OKTOBER / NOVEMBER / DEZEMBER

Mitgliederversammlungen der DKP Leipzig:

immer am zweiten und vierten Montag eines Monats, 19.00 Uhr im Monopol (Haferkornstraße 15, Haus 4, 1. Etage). Derzeit finden die Versammlungen online statt.

Nächste Treffen:

13. Dezember 2021

03. Januar 2022

10. Januar 2022

24. Januar 2022

dkp-leipzig@gmx.de

die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.: Martin Zielke

Verkehrsstaupolitik

Der Berufsverkehr in Leipzig kann nervtötend sein. Zu den Stoßzeiten früh und nachmittags sind die Straßen fast so überfüllt wie die Straßenbahnen und Busse. Die vielen Baustellen in letzter Zeit haben diesen trägen Verkehrsfluss weiter verlangsamt. Wer morgens auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule ist, konnte erleben, wie relativ Zeit und Raum sind. Eine Strecke von zehn Minuten dauert gerne mal 20 und fühlt sich an wie 30. Anschlussbahnen werden selbstverständlich verpasst.

Das Problem ist schnell sichtbar: die Straßen sind mit Autos überfüllt, in denen meist nur eine Person sitzt. Denn die Verkehrspolitik ist immer noch Automobilkonzentriert. Allein von 2015 bis 2019 ist der Kraftfahrzeugbestand in Leipzig um fast 19.000 Autos gestiegen. Natürlich brauchen diese ganzen Autos Straßen, Parkplätze und Tankstellen.

*Damit werden in erster Linie die Interessen des Kapitals durchgesetzt. Es hat die Betriebe und Großmärkte an die Stadträndder verlagert, denn dort sind die Grundstückspreise am niedrigsten. Die weiten Fahrtwege werden den Arbeitenden aufgebürdet. Erschwerend kommt dabei hinzu, dass die meisten neuzugelassenen PKWs Dienstwagen sind. Mit ihrer Produktion machen die Autobaukonzerne Profite. Mit deren Nutzung und Absetzung sparen die anderen Kapitalist*innen wiederum Steuern. LKWs transportieren einen Großteil der Waren. Garniert wird das Ganze mit Steuergeldern, die dieses System an allen Ecken und Enden subventionieren.*

Dabei gäbe es viele Möglichkeiten, den Gordischen Verkehrsknoten zu lösen. Ein kostenloser ÖPNV mit Straßenbahnen, die am Tag im 5-Minuten-Takt fahren. Natürlich mit genug Personal. Die ganze Stadt durchziehende und breite Fahrradwege. Mehr Nebenstraßen sollten für den Autoverkehr gesperrt werden, um Platz für spielende Kinder oder Außengastronomie zu schaffen.

Die „sharing economy“ sollte ausgebaut werden. Ähnlich der LVB sollte die Stadt eine Gesellschaft gründen, die Fahrräder und Autos bereitstellt, die sich die Menschen in ihrem Wohngebiet teilen.

Davon profitiert auch das Klima, global und in Leipzig. Mit mehr Grünflächen kann dieser Effekt noch verstärkt werden. Jeder gesparte Parkplatz kann wieder zu einem Stück Natur werden. Die herrschende Profitlogik steht dem leider noch im Weg. Dass der Kapitalismus grün sein kann, muss er erstmal beweisen! *M. Z.*

Nach den Rechten sehen

Am Abend des 4. Oktobers ereignete sich im Leipziger Hotel „Westin“ ein Vorfall, der weltweit viral gegangen ist. Betroffen war der jüdische Sänger Gil Ofarim, der beim Check-In wegen seines Davidsterns abgewiesen worden sei. Ofarim sprach auf Instagram von einer antisemitischen Beleidigung. Aktuell läuft das Ermittlungsverfahren noch, zum Zeitpunkt wurden zwei Mitarbeiter beurlaubt. Viele Informationen gibt es jedoch noch nicht. Eher Unklarheiten, auch seitens Gil Ofarim, da er laut Videoaufnahmen die Kette zum vermeintlichen Zeitpunkt nicht sichtbar getragen hatte. Er bekräftigt jedoch weiterhin seine Aussagen.

Bereits am Abend des Vorfalls solidarisierten sich hunderte Menschen mit dem 39-Jährigen und demonstrierten vor dem Hotel gegen Antisemitismus.

Zu beachten ist, dass das „Westin“ für die Sicherung des Hotels kurzfristig die fragwürdige Sicherheitsfirma „Pro GSL Security” beauftragt hatte. Deren Geschäftsführer, Oliver Riedel, und der ehemalige Geschäftsführer Tobias Brendel, sind bereits in der Vergangenheit als Angehörige der rechtsextremen Szene bekannt geworden. Im April diesen Jahres wurde Brendel im Zusammenhang mit dem Angriff auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Jahr 2016 verurteilt. In diesem Zusammenhang bekam er eine Haftstrafe von elf Monaten zur Bewährung sowie eine Geldstrafe in Höhe von 2.500 Euro. Riedel war außerdem als Ordner bei Legida aktiv. Des Weiteren handelte er. laut MDR, jahrelang mit Kleidung von Marken, die vor allem in der rechtsextremen Kampfsportszene beliebt waren.

Zudem vertrieb und entwickelte Riedel zusammen mit dem Zwickauer Neonazi Ralf Marschner, ein V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die Marke „Barstool Sports”. Marschner tauchte 2007 jedoch ab. Riedel forderte daraufhin aus dessen früherem Ladengeschäft einen Rechner ein, auf dem die NSU-Ermittler später die Titelmelodie von Paulchen Panther fanden, das Lied, dass im Bekennervideo der Terrorgruppe NSU verwendet wurde.

Laut dem Geschäftsführer des Leipziger Westin-Hotels, Andreas Hachmeister, sei dies nicht bekannt gewesen. Ein kurzer Blick in die Suchmaschine hätte gereicht, um herauszufinden, aus welchem Holz der Geschäftsführer geschnitzt ist.

Er sagte in einem Interview mit dem MDR, dass der Sicherheitsdienst vor der angekündigten Demonstration kurzfristig engagiert worden sei. Sollten die Berichte wahr sein, „war es auch das letzte Mal”, sagte er.

In den meisten Fällen dürfen Personen im Bewachungsgewerbe in den vorangegangenen zehn Jahren nicht Mitglied von verbotenen Vereinen, Organisationen oder Parteien gewesen sein. Haftstrafen beziehungsweise wiederholte Straftaten können zur Ablehnung führen.Desweiteren wird der Verfassungsschutz abgefragt.

Die Stadt teilte ebenso mit, dass es bereits im vergangenen Herbst einen Hinweis des Verfassungsschutzes zu einem laufenden Verfahren gegen Tobias Brendel gab.

Dem ehemaligen Geschäftsführer wurde nun endlich die Zuverlässigkeit aberkannt. Laut Homepage der „Pro GSL Security“ ist er aber immer noch als Geschäftsführer gelistet. Ein ziemlich langer Entscheidungsprozess hat hier stattgefunden. Laut Aussage der Stadt nimmt die Übermittlung und Überprüfung von Unterlagen einige Zeit in Anspruch. In dieser Zeit konnte er weiterhin seine Geschäfte ohne Einschränkungen fortführen. Und das in einem Staat, in dem Antifaschisten problemlos per Eilverfahren hinter Schloss und Riegel gebracht werden. In einem Interview teilte die Stadträtin Juliane Nagel mit:

„Ich beobachte schon lange, dass Pro GSL sich als Sicherheitsunternehmen in Leipzig und Umgebung etabliert. Neben dem Westin nutzten und nutzen auch der Supermarkt Globus und zahlreiche Immobilienunternehmen die Dienste dieses Bewachungsdienstes... Wer Dienstleistungen von Pro GSL beauftragt trägt, zur Normalisierung neonazistischer Netzwerke bei. Denn Gewerbe und Gesinnung lässt sich insbesondere im Fall von Pro GSL kaum trennen.“

Die DKP fordert die Zerschlagung rechter Strukturen und die Offenlegung ihrer Finanziers.

O. F.

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«

Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Die Tücken der Straßenpolitik

Straßennahmen sind mehr als nur Adressen. Welche Namen werden verwendet? Wer entscheidet darüber? Welche Symbolik steckt dahinter? Überspitzt gesagt: an den Straßennamen erkennt man das politische System. Besonders symbolträchtig wird es. wenn eine Straße umbenannt wird. Vor allem nach der "Wende" 1990 ging über den Osten Deutschlands (und Europas) eine Welle von Um- und Rückbenennungen hinweg.

Manche wurden zum Zeichen einer gewollten Entpolitisierung. So wurde in Leipzig aus der Ernst-Thälmann-Straße die Bahnhofsstraße. Oder aus der Ho-Chi-Minh-Straße die Karlsruher Straße. Andere wurden Symbole der neuen marktwirtschaftlichen Zustände. So wird schnell aus einem Platz der Republik ein Willy-Brandt-Platz.

Die Diskussion, welcher Name aus welchen Gründen geändert werden muss, kommt dabei immer wieder hoch. Ein Beispiel aus dem Jahr 2020 ist die Arndtstraße. Der Leipziger Stadtrat hatte beschlossen, diese in Hannah-Arendt-Straße umzubennen. Die Begründung lautete, dass Ernst Moritz Arndt, ein Schriftsteller, aus dem 19. Jahrhundert, wegen seines Antisemitismus eine solche Ehrung nicht verdient. Dieses Argument ist selbstverständlich nachvollziehbar. Antisemitismus ist auch dann zu verurteilen, wenn er dem Zeitgeist entspricht. Auf der anderen Seite darf nicht vergessen werden, dass Arndt ein wichtiger Autor der Befreiungskriege war und damit dazu beitrug, die Herrschaft Napoleons über die damaligen deutschen Gebiete abzuschütteln. Auch seine Meinung zum Krieg muss hervorgehoben werden: „Denn der Krieg ist ein Übel und die Gewalt ist das größte Übel."

Hannah Arendt als Namengeberin hat ebenfalls ihr Für und Wider. Sie war eine bedeutende Philosophin und wäre die erste Frau, nach der eine Straße in der Südvorstadt benannt wird. Außerdem wurde sie von den Faschisten verfolgt und aus Deutschland fliehen. Andererseits trugen ihre Arbeiten unter anderem zur Totalitarismustheorie („Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft") dazu bei, Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe zu stellen. Der berüchtigten Hufeisen-Theorie, nach der radikal linke und rechte Politik gleichgesetzt wird, leistete sie damit Vorschub. Die Frage ist also vielschichtiger als der Austausch eines Antisemiten durch eine jüdische Theoretikerin, so richtig das Anliegen auch ist.

Ein weiterer Aspekt sollte dabei nicht vergessen werden: mit einer Adressänderung sind nicht geringe Ausgaben verbunden. Vor allem kleine Ladenbesitzer*innen müssen hohe Summen aufbringen, sollte sich die Adresse ihres Geschäftes ändern. Aus diesem Grund gibt es grundsätzlich Widerstand gegen Namensänderungen, diese haben also nicht unbedingt einen politischen Hintergrund. Was aber nicht rechtfertigt, eine wichtige Änderung des schnöden Mammons wegen zu verhindern.

Es zeigt sich also, dass die Frage nach den Namen einer Straße auch für Kommunist*innen nicht immer leicht zu beantworten ist. Welche Neu-, Rück- oder Umbenennung fordern wir? Ist der (auch finanzielle) Aufwand gerechtfertigt? Wie wägen wir die positiven und negativen Seiten einer Person ab? Wo ziehen wir politische Grenzen? Inwiefern sehen wir den Nutzen in einer solchen Straßen(namen)politik?

Ein Leipziger

Häuserkampf

Auch in Leipzig kommt es immer wieder zu Hausbesetzungen. So geschah es 2020 in der Ludwigstraße in Neustadt-Neuschönefeld und in der Bornaischen Straße in Connewitz. In diesem Jahr wurde in Reudnitz-Thonberg ein Haus in der Tiefen Straße kurzzeitig besetzt.

Die Ursachen sind eigentlich bekannt. Jährlich steigen die Mietpreise schneller als die (Arbeits-) Einkommen. Während 2005 noch jede zehnte Wohnung leerstand, sind es nun gerade noch 2,5 Prozent. Es gibt nicht einmal 400 Sozialwohnungen, obwohl 150.000 Leipziger*innen arm sind.

Burkhard Jung hatte im letzten Wahlkampf versprochen, bis 2027 etwa 10.000 Wohnungen zu bauen. Selbst wenn diese Zahl erreicht wird, deckt sie den Bedarf minimal. Das Problem wird also weiter anhalten, dass sich immer weniger Menschen die steigenden Mietpreise leisten können. Dass sie immer weniger Wohnraum zur Verfügung haben. Dass immer mehr von ihnen aus den inneren Stadtteilen an den Rand gedrängt werden.

Davon profitieren vor allem die großen Immobilienspekulanten. Der Konzern Deutsche Wohnen hat 2020 einen Gewinn von fast zwei Milliarden Euro gemacht. Hunderte Millionen wurden als Boni ausgeschüttet. Jeder Mieter und jede Mieterin zahlen jährlich hunderte von Euro obendrauf. Und dieser Geldfluss wandert in die Taschen einiger weniger.

Der Kapitalismus hat es in seiner ganzen Geschichte nicht geschafft, dass Wohnungsproblem zu lösen. Er ist dazu nicht in der Lage, seine Profiteure wollen es nicht anders. Es ist gut, dass es Menschen gibt, die aktiv eingreifen, indem sie sich die Häuser nehmen, die sie brauchen. Dass die Besetzung jedesmal von der Polizei beendet wurde, sagt viel über die herrschende Politik aus.

Die DKP muss nicht hellsehen können, um vorauszusagen: das Wohnungsproblem wird nicht gelöst werden. Die Menschen werden wieder Häuser besetzen. Die Polizei wird wieder losgeschickt werden, um Kapitalinteressen durchzusetzen.

Martin Zielke

„Ein großer Sachse“

In einem Feldpostbrief aus dem I. Weltkrieg berichtete 1915 ein Soldat eine Anekdote, die den letzten sächsischen König Friedrich August III. im Verhältnis zu seinen Untertanen ungeschminkt beschreibt: Bei Königsbrück standen wir...

„von morgens sechs Uhr [...] bis abends sechs Uhr vor der Kaserne. Der August kam nicht. Beim Einbrechen der Dunkelheit hieß es: ‚Wegtreten‘. Dann kam einer und sagte uns: ‚Der Friedrich August ist tatsächlich aufgebrochen zur Kaserne. Sie sind unterwegs aber in fünf oder sechs Gaststätten eingekehrt. Er ist aus dem Wagen ausgestiegen, hat an den Wagen gepisst und ist wieder eingestiegen und heimgefahren.‘ [...] Zwölf Stunden von früh bis abends standen wir, und der König kam nicht.“

Seiner nachhaltigen Beliebtheit und seinem Ruf, volksnah zu sein, tat dies keinen Abbruch, wovon die vielen Begebenheiten zeugen, die über ihn überliefert worden sind. Dass er seine Abdankung 1918 mit den Worten kommentiert habe, „macht euren Dreck doch alleene“, ist wohl die bekannteste.

Daran sieht man, wie sehr die Sachsen ihre Könige lieben – mögen diese sie noch so lange im Regen stehen lassen. Und weil erst kürzlich ein solcher Regent das Zeitliche segnete, möchte wir uns die Gelegenheit einer Würdigung nicht nehmen lassen. Die Rede ist von „König Kurt“, der außerhalb Sachsens als Kurt Biedenkopf bekannt ist und der 1990 bis 2002 das Amt des Ministerpräsidenten im Freistaat innehatte.

Eine Revolution wie seinen besagten Vorgänger brachte ihn zwar nicht zu Fall, aber die Kritik an „vermeintlicher“ Vorteilsnahme gab dem „Landesvater“ 2002 Anlass, seinen Hut zu nehmen: „Ein einziges Mal“ sei man im Möbelhaus Ikea von der Gepflogenheit abgewichen, Prominenten keinen Rabatt zu gewähren, aber die kleinliche Öffentlichkeit nahm es Biedenkopf übel, dass er für einen privaten Einkauf von 880 DM einen Rabatt von 15% verlangt und erhalten hatte. Die Aufregung darüber versteht man schwerlich, hatte er sich doch schon seine Dienstwohnung mit Personal überteuert vom Landeshaushalt finanzieren lassen. In Sachen Mietpreise war er aber ein Mann von Erfahrung: 16 Millionen Euro kostete den Freistaat ein Vertrag, den er mit dem Kölner Bauunternehmer Heinz Barth über Bau und Vermietung des Paunsdorf Centers 1993 abgeschlossen hatte. Nach Meinung des Landesrechnungshofes war das zu viel. Woher diese Knausrigkeit rührte, fragt man sich: 2015 war der Staatsregierung die Veröffentlichung der Tagebücher seiner Durchlaucht schlappe 300.000 Euro wert in Form einer Spende an die Konrad-Adenauer-Stiftung. Diese und andere übel meinenden Nachreden genügten, er quittierte seinen Dienst.

Schon sein Antritt ist begleitet von Verleumdung. Missgünstige behaupten, der Ministerpräsident sei ein „Fremdimport“ und habe 1990 lediglich die Chance genutzt, seine Karriere im Osten fortzuführen, die in Westdeutschland schon lange beendet gewesen wäre. Wie haltlos das ist, lässt sich an seinen Verdiensten ablesen, die den Traditionen seiner Herkunft entsprechen: Aus schwarzen Kassen der CDU bezog er als Generalsekretär 1973-1977 ein fürstliches Gehalt. Über die Herkünfte dieser Gelder gab Helmut Kohl, mit dem er eng zusammenarbeitete, sein „Ehrenwort“ – allerdings den Spendern – das ihn zur Verschwiegenheit verpflichtete. Apropos Traditionen: Ganz unverbunden mit Sachsen ist die Familie nicht! Der Vater, Wilhelm Biedenkopf, stammt aus Chemnitz und wirkte im Faschismus als technischer Direktor der Buna Werke und Direktor der IG Farben in Merseburg. Erst die freundliche Aufnahme des Wehrwirtschaftsführers in der US-Besatzungszone bewirkte den Umzug nach Hessen. Der Amtsantritt des Sohnes als Ministerpräsident in Sachsen 1990 kann also auch als Rückkehr aus dem Babylonischen Exil verstanden werden, nachdem antifaschistische Vorbehalte beseitigt waren.

Überhaupt gehört der Mensch bewertet nach seinen Taten, und eben darin sehen wir Kommunisten keinen Grund, das historische Ansehen des Verstorbenen zu schmälern, der seinen politischen Auftrag verstanden und nach bestem Gewissen ausgeführt hat: Die Regierungszeit des „König Kurt“ fällt zusammen mit der Abwicklung, Zerstörung und Entwertung der DDR und aller Lebensleistungen und -entwürfe, die mit ihr verbunden waren. Sie erfolgte so gründlich unter seinem Zepter, dass er im Ursprungsland von PEGIDA noch 2017 behaupten konnte, „dass die Sachsen immun sind gegenüber Rechtsradikalismus.“ Er musste es wissen, denn wie sollte es nach seiner Regierung noch eine Partei im Lande geben, die eine konservativere Politik betrieben hätte als seine eigene?

„Ein großer Sachse ist von uns gegangen“, formulierte Michael Kretschmer. Seine Augen haben sich am 21. August 2021 im Alter von 91 Jahren geschlossen. Ein wohlmeinender Rezensent wies in einer Buchbesprechung des „System Biedenkopf“ von Michael Bartsch darauf hin, dass sich Biedenkopf den Titel „Landesvater“ oder „König Kurt“ nie selbst verliehen hätte. Wir Kommunisten denken aber, dass die Menschen in Sachsen mit dieser Zuschreibung einen unbewussten Sinn für historische Zusammenhänge beweisen: Mittelmäßiger Despotismus und politische Reaktion, die sich in eine niedliche Verklärung des Herrscherbildes verkleiden, waren und sind die wesentlichen Eigenschaften fast aller sächsischen Regenten. In diesem Sinne reiht sich Kurt Biedenkopf würdig in die Riege sächsischer Könige, und wir halten ihn eines Denkmals wert.

Karl Martin

UZ SHOP
uzshop.de